

Stahlindustrie bedauert ausbleibendes Ergebnis beim US-EU-Gipfeltreffen Scheitern der Verhandlungen darf keine Option sein

Berlin, 20. Oktober 2023

Die USA und die Europäische Union konnten sich bei ihrem Gipfeltreffen am 20. Oktober in Washington nicht auf ein Abkommen für ein "Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminium" (GSSA) einigen. Allerdings soll bis Ende 2023 weiterverhandelt und an einer Lösung gearbeitet werden.

Dazu der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Bernhard Osburg:

„Wir bedauern, dass hier eine große Chance verpasst wurde und appellieren nun an die EU-Kommission, die Zeit bis zum Ende des Jahres zu nutzen, um nach gemeinsamen Lösungen zu suchen und sich auf wirkungsvolle Maßnahmen zu einigen. Dabei drängt die Zeit: Die Stahlindustrie in Deutschland und Europa befindet sich mitten in der Transformation zur Klimaneutralität und damit in einer äußerst vulnerablen Phase. In dieser Situation kann sich die EU keinen Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten leisten. Vielmehr braucht es jetzt ein entschlossenes und abgestimmtes Vorgehen gegen klimaschädliche Überproduktionen und eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Entwicklung grüner Märkte.“

Hintergrund GSSA:

- Mit der vorläufigen Einigung im Zollstreit zwischen den USA und der EU im Oktober 2021 wurde auch die Schaffung eines gemeinsamen Bündnisses im Stahl- und Aluminiumbereich innerhalb von zwei Jahren angekündigt.
- Formuliertes Ziel des GSSA ist es, gemeinsame Regelungen für den Handel im Stahl- und Aluminiumbereich zu erarbeiten, um marktwirtschaftliche Bedingungen auf den internationalen Stahlmärkten wiederherzustellen und die CO₂-Intensität von Stahl und Aluminium bei allen Produktionsarten zu begrenzen.

Ansprechpartner

Klaus Schmidtke | Pressesprecher | +49 30 23 25 546-15 | klaus.schmidtke@wvstahl.de

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl ist die Stimme der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihren Stahl bis 2045 CO₂-neutral zu erzeugen – und damit ein Drittel der gesamten industriellen Treibhausgasemissionen einzusparen. Der Verband mit Hauptsitz in Berlin macht sich für einen politischen Rahmen stark, der einen klimaneutralen und auch in Zukunft starken Stahlstandort möglich macht. Mit rund 40 Mio. Tonnen pro Jahr weist Deutschland die größte Stahlproduktion Europas auf.